

Ressort: Lokales

Baden-Württembergs Finanzminister gegen neues Unternehmensstrafrecht

Stuttgart, 06.02.2014, 18:21 Uhr

GDN - In ihrem Kampf gegen ein neues Unternehmensstrafrecht hat die Wirtschaft einen Verbündeten gefunden: Baden-Württembergs Finanzminister Nils Schmid lehnt entsprechende Pläne von NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (beide SPD) strikt ab. "Für ein Mittelstandsland wie Baden-Württemberg wäre es verheerend, ein gesondertes Unternehmensstrafrecht einzuführen", sagte Schmid dem "Handelsblatt" (Freitagausgabe).

"Ich bin mir mit unserem Justizminister einig, dass Baden-Württemberg das Gesetz ablehnen wird." Kutschaty hat Ende 2013 einen Gesetzentwurf "zur strafrechtlichen Verantwortlichkeit von Unternehmen und sonstigen Verbänden" vorgelegt. Das Ziel: Nicht nur einzelne Manager, sondern auch Unternehmen sollen bestraft werden können. Bis zu zehn Prozent vom Umsatz und bis zur Zwangsauflösung einer Firma reicht der Sanktionskatalog. Gegen die drohende "Todesstrafe für Firmen" wettern Wirtschaftsverbände, angefangen beim Industrieverband BDI bis zur Stiftung Familienunternehmen. Kutschaty und die Mehrheit der SPD-Landesjustizminister bemängeln, dass es bisher für Unternehmen keine echten Strafen gebe, weil es nur um Ordnungswidrigkeiten geht. "Es bleibt im Gesetzentwurf von NRW völlig unklar, wen man wirklich trifft, sobald man ein Unternehmen strafrechtlich belangt", stellt sich Schmid gegen seine Parteifreunde. "Womöglich werden die Arbeitnehmer mit Jobverlust bestraft." Auch Schmid hält es für notwendig, Wirtschaftskriminalität strafrechtlich zu verfolgen. "Aber die Verantwortlichen in Unternehmen kann man auch heute schon haftbar machen", sagte er und verweist auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD. Dieser sieht vor, "mit Blick auf strafbares Verhalten im Unternehmensbereich" das Ordnungswidrigkeitsrecht auszubauen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29655/baden-wuerttembergs-finanzminister-gegen-neues-unternehmensstrafrecht.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619